

Niedriglohnbeschäftigung 2010

Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia

In: IAQ-Report / 2012-01

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/45679>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180315-151359-5>

Link: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=45679>

Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf

Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn

2012
01

Auf den Punkt...

- Im Jahr 2010 arbeiteten 23,1% der Beschäftigten für einen Niedriglohn von unter 9,15 €.
- Bezieht man Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen mit ein, waren gut 7,9 Millionen abhängig Beschäftigte von Niedriglöhnen betroffen.
- Die Zunahme der Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1995 geht fast ausschließlich auf Westdeutschland zurück.
- Die Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor lagen im Jahr 2010 mit 6,68 € in West- und 6,52 € pro Stunde in Ostdeutschland weit unter der Niedriglohnschwelle.
- Gut 4,1 Millionen Beschäftigte (12%) verdienen weniger als 7 € brutto pro Stunde und davon 1,4 Millionen sogar weniger als 5 €. Ostdeutsche, Frauen und Minijobber/innen sind von solchen Niedrigstlöhnen überproportional betroffen.
- Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € hätte jede/r fünfte Beschäftigte Anspruch auf eine Lohnerhöhung (gut 25% der Frauen und knapp 15% der Männer).

Einleitung

Wie in den letzten Jahren haben wir auch für das Jahr 2010 untersucht, wie sich der Niedriglohnanteil in Deutschland entwickelt hat. Unsere Analyse beschränkt sich – anders als etwa eine Auswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Frank/Grimm 2010) – nicht auf Vollzeitbeschäftigte, sondern bezieht auch Teilzeitbeschäftigte und Minijobber/innen mit ein, die überproportional häufig für niedrige Stundenlöhne arbeiten.

Gegenüber früheren Analysen (zuletzt Kalina/Weinkopf 2010 und Weinkopf 2011) haben wir bei den aktuellen Auswertungen einige Abgrenzungen verändert. Um die Ergebnisse trotzdem anschlussfähig zu halten, gehen wir in diesem Report auch auf Unterschiede zwischen verschiedenen Berechnungsweisen ein.

Niedriglohnschwellen

Zur Bestimmung des Umfangs der Niedriglohnbeschäftigung verwenden wir – wie in den meisten Veröffentlichungen z.B. der OECD üblich – eine Niedriglohnschwelle von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns (Median).¹ Die Berechnungen beziehen sich auf alle abhängig Beschäftigten (einschließlich sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit und Minijobs), d.h. Selbständige und Freiberufler/innen sowie mithelfende Familienangehörige wurden ausgeschlossen, da sich für sie ein Stundenlohn nicht sinnvoll berechnen lässt.² In früheren Analysen hatten wir auch Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen ausgeschlossen mit der Begründung, dass diese typischer Weise nur einen Nebenjob ausüben. Wenn man allerdings auch daran interessiert ist, wie hoch die Zahl und der Anteil derjenigen ist, die bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes Anspruch auf eine Lohnerhöhung hätten, sind auch diese Gruppen relevant. Bei einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle erhöht sich die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten durch die Einbeziehung von Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen um 493.000 Personen.³

1 Unsere Auswertung basiert auf dem sozio-ökonomischen Panel des DIW (SOEP) mit allen verfügbaren Samples.

2 Auch Personengruppen, deren Stundenlöhne von den regulär Beschäftigten abweichen (Auszubildende, Praktikant/innen, Personen in Umschulung und Rehabilitation, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Beschäftigte in Altersteilzeit), wurden ausgeschlossen. Da die Stundenlöhne dieser Gruppen meistens unterdurchschnittlich sind, wird der gesamte Umfang des Niedriglohnssektors eher unter- als überschätzt.

3 Insgesamt liegt die Zahl der Rentner/innen, Studierenden und Schüler/innen bei rund 2,3 Millionen, von denen etwa 1,3 Millionen für Niedriglöhne arbeiten. Die Gesamtzahl der Niedriglohnbeziehenden erhöht sich durch die Einbeziehung dieser Gruppen aber in deutlich geringerem Maße, weil sich dadurch auch die Niedriglohnschwellen (leicht verringern und damit andere abhängig Beschäftigte nicht mehr zum Niedriglohnbereich zählen).

Wegen der nach wie vor erheblichen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland stellt sich für Deutschland grundsätzlich die Frage, ob man zwei getrennte oder eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle verwendet. Bei einer Gegenüberstellung beider Berechnungsweisen wird deutlich, dass die Werte für Gesamtdeutschland relativ nah beieinander liegen, es aber bezogen auf das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland einen erheblichen Unterschied macht, welche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt wird (Tabelle 1).

Die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle lag nach unseren Berechnungen im Jahr 2010 bei 9,15 € pro Stunde⁴ und der Niedriglohnanteil für Deutschland insgesamt bei 23,1%. Berechnet man hingegen für Ost- und Westdeutschland getrennte Niedriglohnschwellen, liegen diese in Westdeutschland bei 9,54 € und in Ostdeutschland bei 7,04 € pro Stunde.⁴ Im Jahr 2010 hatten in Westdeutschland 23% und in Ostdeutschland 22,8% der Beschäftigten Stundenlöhne unterhalb der jeweiligen Niedriglohnschwelle. Der gesamtdeutsche Niedriglohnanteil betrug somit 22,9% (im Vergleich zu 22,3% im Jahr 2008 und 22,8% im Jahr 2009).

Hinsichtlich der Gesamtzahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland unterscheiden sich die Ergebnisse der beiden Berechnungsvarianten mit 7,84 bzw. 7,92 Millionen Betroffenen im Jahr 2010 nur geringfügig. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass bei einer einheitlichen Niedriglohnschwelle die Zahl der ostdeutschen Niedriglohnbeschäftigten um fast eine Million höher liegt und die Zahl der westdeutschen entsprechend niedriger.

⁴ Diese Werte sind nur bedingt mit den Stundenlohnschwellen z.B. für 2008 vergleichbar, weil in der aktuellen Auswertung Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen einbezogen worden sind.

Tabelle 1:**Niedriglohnschwellen (brutto pro Stunde) und Anteil sowie Zahl der Niedriglohnbeschäftigten (2010, alle abhängig Beschäftigten inklusive Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen)**

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle
Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)		9,54 € (West) 7,04 € (Ost)	9,15 €
Niedriglohnanteil	Westdeutschland	23,0%	19,9%
	Ostdeutschland	22,6%	39,1%
	Deutschland	22,9%	23,1%
Zahl der Niedriglohnbeziehenden absolut (in Millionen)	Westdeutschland	6,57	5,69
	Ostdeutschland	1,28	2,21
	Deutschland	7,84	7,92

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

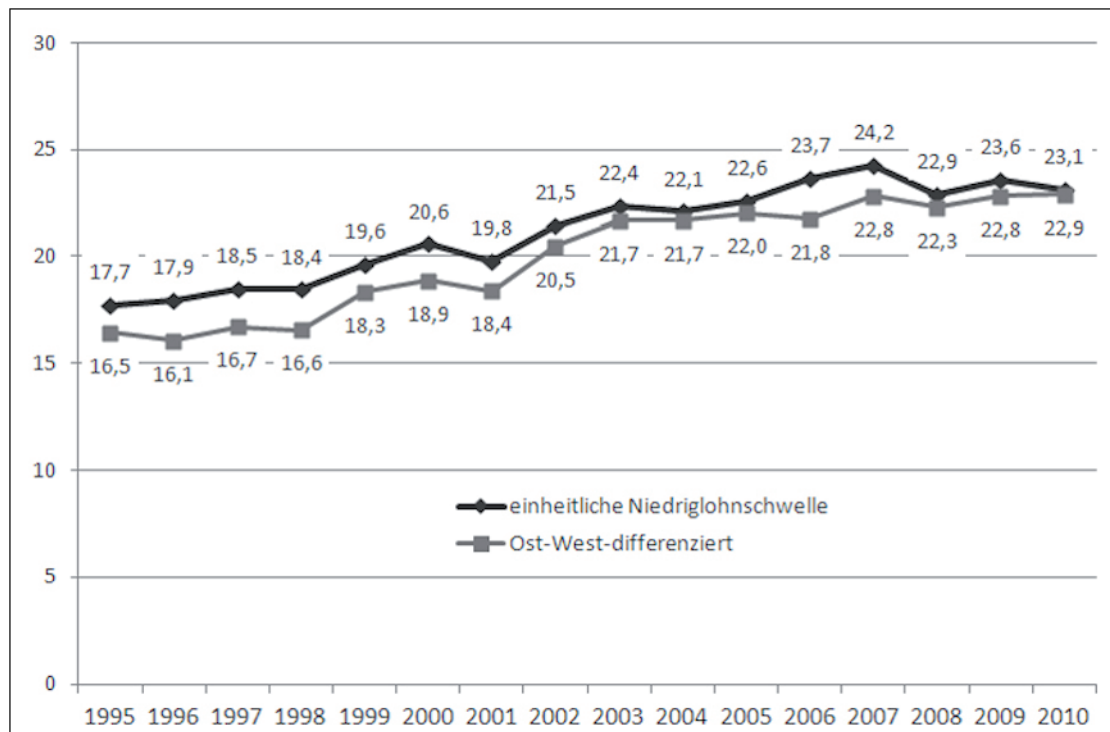
In früheren Auswertungen haben wir getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland zugrunde gelegt, während in einigen anderen vorliegenden Studien zum Niedriglohnsektor teilweise bereits seit Jahren keine Differenzierung der Niedriglohnschwellen mehr vorgenommen wird (vgl. z.B. Statistisches Bundesamt 2009; Schäfer/Schmidt 2011). In diesem Report stellen wir die Ergebnisse beider Berechnungsvarianten gegenüber, um einen Vergleich zu ermöglichen und aufzuzeigen, welche Unterschiede bestehen. Bezogen auf die Struktur der Niedriglohnbeschäftigten wird außerdem aufgezeigt, welche Veränderungen sich durch die Erweiterung der Grundgesamtheit um Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen ergeben.

Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung

Bezogen auf den Niedriglohnanteil in Deutschland insgesamt unterscheiden sich die Ergebnisse der beiden Berechnungsvarianten – mit Ost-West-differenzierter bzw. bundeseinheitlicher Niedriglohnschwelle – im Trend kaum voneinander. Die Niedriglohnquoten bei differenzierten Schwellen liegen durchgängig etwas niedriger als bei einer bundeseinheitlichen Schwelle. Darüber hinaus weichen die Trends seit 2005 teilweise voneinander ab. Bei einer bundeseinheitlichen Schwelle erreichte der Niedriglohnanteil mit 24,2% im Jahr 2007 einen Höhepunkt und schwankt seitdem auf etwas niedrigerem Niveau. Bei Ost-West-differenzierten Schwellen ist demgegenüber seit 2008 eine weitere (leichte) Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung erkennbar und der höchste Anteil wird mit 22,9% im Jahr 2010 erreicht (Abbildung 1).

Abbildung 1:

Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland, Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen sowie einheitliche Niedriglohnschwelle im Vergleich, in % der abhängig Beschäftigten (inklusive Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen), 1995-2010



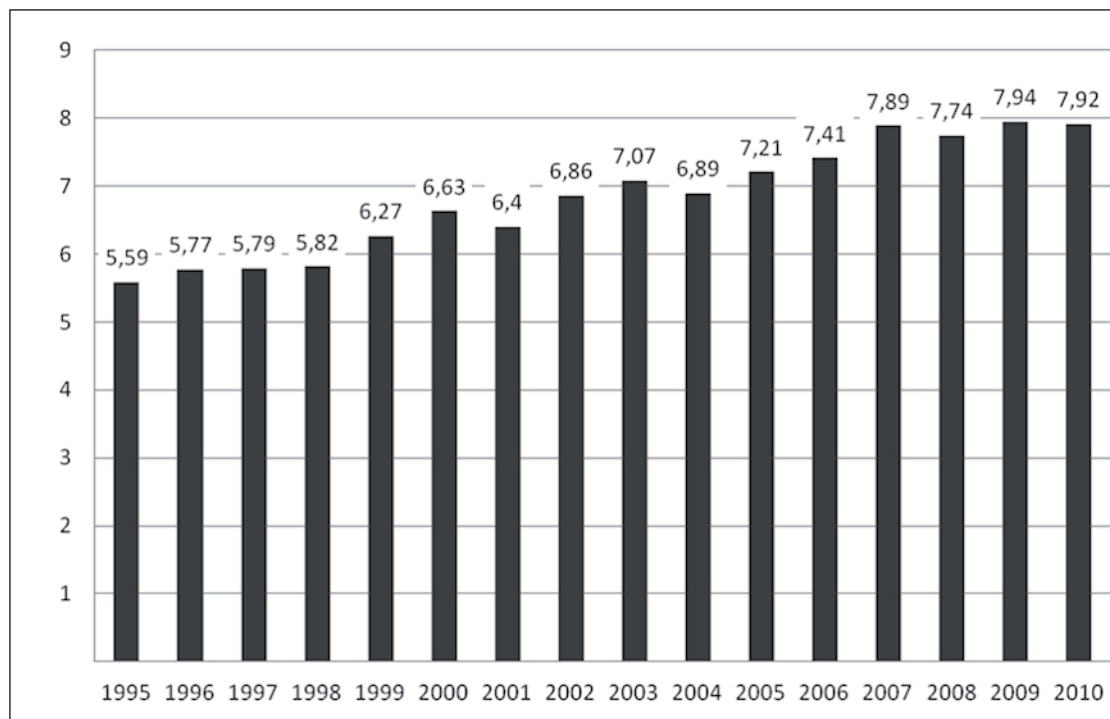
Quelle: SOEP 2010, IAQ-Berechnungen

Betrachtet man hingegen die Entwicklung der absoluten Zahl von Niedriglohnbeschäftigten, so liegt diese seit 2007 durchgängig bei knapp unter 8 Millionen. Im Zeitraum zwischen 1995 und 2010 ist sie um 2,33 Millionen gestiegen (Abbildung 2).⁵

⁵ Bei nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Niedriglohnschwellen lag die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2010 mit 7,84 Millionen etwas niedriger und der Anstieg zwischen 1995 und 2010 mit 2,65 Millionen etwas höher.

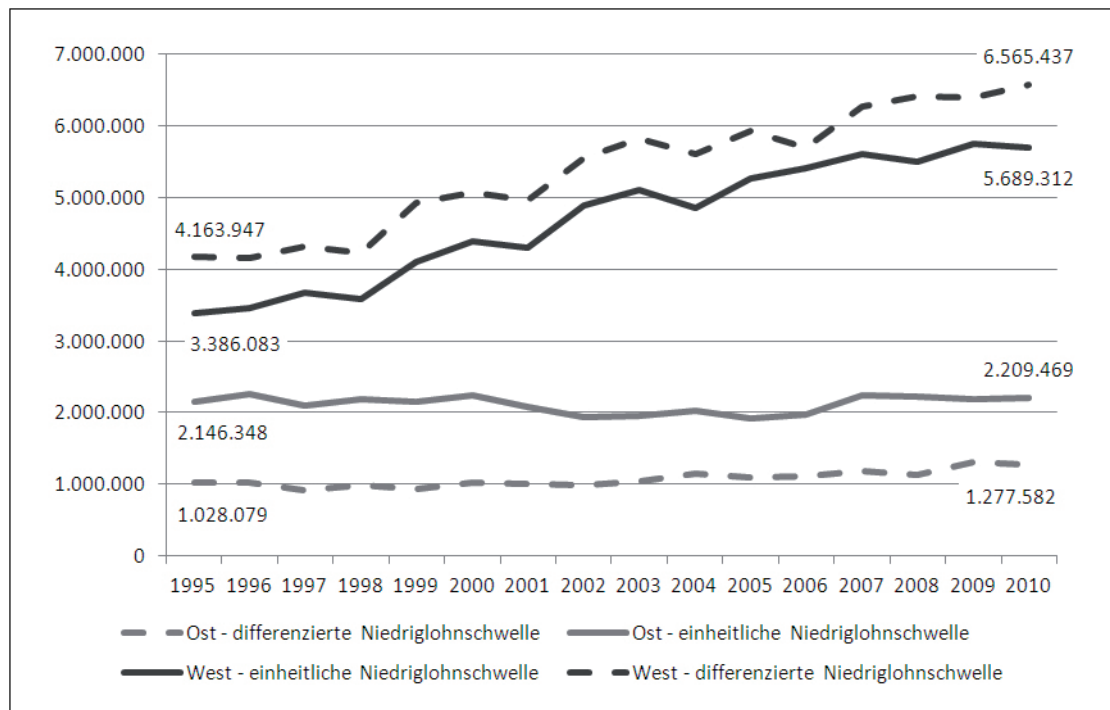
Abbildung 2:

Zahl der Niedriglohnbeschäftigten unter abhängig Beschäftigten (inklusive Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen) in Deutschland – bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle in Millionen, 1995-2010



Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Eine differenziertere Betrachtungsweise nach Ost- und Westdeutschland veranschaulicht, dass die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten vor allem in Westdeutschland erheblich gestiegen ist. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob differenzierte Schwellen oder eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt werden. Der Anstieg in Westdeutschland liegt bei einheitlicher Niedriglohnschwelle bei gut 2,3 Millionen bzw. 68% und bei differenzierter Schwelle bei 2,4 Millionen bzw. knapp 58%. In Ostdeutschland ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten hingegen nur bei getrennten Schwellen spürbar – um knapp 250.000 oder gut 24% – gestiegen. Bei bundeseinheitlicher Niedriglohnschwelle lag der Anstieg im Osten demgegenüber nur bei knapp 63.000 bzw. 3%.

Abbildung 3:**Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in West- und Ostdeutschland – bundeseinheitliche und Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen im Vergleich, 1995-2010**

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Struktur der Niedriglohnbeschäftigten

Durch die Einbeziehung von Schüler/innen, Studierenden und Rentner/innen in die aktuellen Berechnungen für 2010 ergeben sich im Vergleich zu früheren Auswertungen einige Veränderungen hinsichtlich der Struktur der Niedriglohnbeschäftigten, auf die im Folgenden bezogen auf eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle eingegangen wird. Ausgewiesen wird jeweils auch, welche Unterschiede sich aus der Verwendung einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle im Vergleich zu Ost-West-differenzierten Niedriglohnschwellen ergeben.

Dies wird im Folgenden in zwei Schritten dargestellt. Zunächst gehen wir auf das Niedriglohnrisiko verschiedener Beschäftigtengruppen ein, also den Anteil derjenigen, die innerhalb einer Beschäftigtengruppe für einen Niedriglohn arbeiten. Anschließend steht die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Niedriglohnbeschäftigten nach verschiedenen Merkmalen zusammensetzen – also z.B., wie hoch der Anteil der Frauen im Niedriglohnsektor ist.

Tabelle 2 zeigt, dass Minijobber/innen das weitaus höchste Risiko haben, für einen Niedriglohn zu arbeiten. Weitere Gruppen mit hohen Anteilen von Niedriglohnbeschäftigten sind unter 25-Jährige, befristet Beschäftigte, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Ausländer/innen.

Im Vergleich der beiden unterschiedlichen Niedriglohnschwellen liegt das Niedriglohnrisiko bei der bundeseinheitlichen Schwelle in den meisten Gruppen etwas höher.

Umgekehrt ist es lediglich bei den formal gering Qualifizierten und bei den Ausländer/innen, was damit zusammenhängen dürfte, dass diese beiden Gruppen in Ostdeutschland geringere Anteile in der Gesamtbevölkerung haben.

Die Einbeziehung der Schüler/innen, Studierenden und Rentner/innen, die hier nur für die bundeseinheitliche Schwelle dargestellt ist, verändert die Anteile der Niedriglohnbeschäftigten je nach Gruppe nach unten oder oben, wobei die deutlichsten Veränderungen bei den Minijobber/innen (71,1% im Vergleich zu 86,5% Niedriglohnrisiko) und bei den unter 25-Jährigen (57,5% im Vergleich zu 50,8% Niedriglohnrisiko) erkennbar sind. Letzteres könnte durch die Einbeziehung der Schüler/innen und Studierenden bedingt sein. Dass gleichzeitig das Niedriglohnrisiko von Minijobber/innen durch die Einbeziehung dieser Gruppen sowie der Rentner/innen deutlich sinkt, liegt, wie vertiefende Berechnungen ergeben haben, daran, dass Studierende und Rentner/innen in Minijobs seltener gering bezahlt werden.

Tabelle 2:

Niedriglohnanteil nach Beschäftigtengruppen, Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen und bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle im Vergleich sowie mit und ohne Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen, in % der jeweiligen Gruppe

Beschäftigtengruppe (Kategorie)		Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwelle	Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle	
			Ohne Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen	Mit Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen
Qualifikation ⁶	Ohne Berufsausbildung	39,9	39,3	37,9
	Mit Berufsausbildung	22,5	24,7	23,5
	Universität/Fachhochschule	8,8	10,9	10,3
Geschlecht	Männer	14,9	16,7	17,7
	Frauen	28,0	30,0	28,7
Alter	unter 25 Jahre	50,5	50,8	57,5
	25 – 34	20,9	23,6	23,1
	35 – 44	18,0	20,3	18,0
	45 – 54	17,8	19,2	16,9
	55+	24,5	26,2	26,8
Nationalität	Deutsche	20,4	22,6	22,6
	Ausländer/innen	31,9	30,6	28,9
Befristung	Befristet	41,4	45,7	46,6
	Unbefristet	17,1	18,9	17,1
Arbeitszeitform	Vollzeit	13,4	15,5	14,5
	Sozialversicherungspflichtige Teilzeit	24,9	26,6	24,1
	Minijob	85,5	86,1	71,1
Gesamt (Deutschland)		21,4	23,2	23,1

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

6 War keine Information zum Ausbildungsniveau verfügbar, wurde in den Tabellen 2 und 3 angenommen, dass diese Fälle anteilsproportional auf alle Ausbildungsniveaus verteilt sind. Vgl. zu dieser Vorgehensweise z.B. Reinberg/Schreyer 2003

Die Analyse der Struktur der Niedriglohnbeschäftigten bestätigt zunächst wiederum den wichtigen Befund, dass Gruppen mit hohem Niedriglohnrisiko nicht zwingend auch einen großen Anteil im Niedriglohnsektor haben (Tabelle 3). Am augenfälligsten ist dies bei den Beschäftigten ohne abgeschlossenen Berufsabschluss, die trotz ihres deutlich überdurchschnittlichen Niedriglohnrisikos nur rund ein Fünftel der Niedriglohnbeschäftigten stellen. Die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten hat eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Bei Verwendung einer einheitlichen Niedriglohnschwelle liegt der Anteil der formal gering Qualifizierten unter den Niedriglohnbeschäftigten nur noch bei 18,4% und der Anteil der Akademiker/innen liegt mit gut 10% höher als bei der Ost-West-differenzierten Schwelle. Auffällig ist auch, dass der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit gut 47% deutlich höher ist und die Anteile der Teilzeitbeschäftigten und Minijobber/innen geringer. Die Einbeziehung der Schüler/innen, Studierenden und Rentner/innen erhöht den Anteil der unter 25-Jährigen und der befristet Beschäftigten deutlich und etwas weniger ausgeprägt auch den Anteil der über 55-Jährigen. Bezogen auf die Arbeitszeitform steigert die Einbeziehung dieser Personengruppen den Anteil der Minijobber/innen deutlich (auf fast 36%), während die Anteile von sozialversicherungspflichtig Teilzeit- und insbesondere Vollzeitbeschäftigten entsprechend niedriger liegen.

Tabelle 3:

Niedriglohnbeschäftigte nach verschiedenen Merkmalen, Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwellen und bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle im Vergleich sowie mit und ohne Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen, in % aller Niedriglohnbeschäftigten

Struktur der Niedriglohnbeschäftigten		Ost-West-differenzierte Niedriglohnschwelle	Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle	
			Ohne Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen	Mit Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen
Qualifikation	Ohne Berufsausbildung	20,3	18,4	19,4
	Mit Berufsausbildung	70,3	71,0	70,1
	Universität/Fachhochschule	9,3	10,6	10,5
Geschlecht	Männer	35,2	36,3	38,7
	Frauen	64,8	63,7	61,3
Alter	unter 25 Jahre	12,1	11,2	17,1
	25 – 34	19,7	20,4	20,8
	35 – 44	22,3	23,1	19,5
	45 – 54	25,3	25,1	20,9
	55+	20,6	20,3	21,8
Nationalität	Deutsche	87,2	88,7	89,5
	Ausländer/innen	12,8	11,3	10,5
Befristung	Befristet	20,8	20,7	25,3
	Unbefristet	79,2	79,3	74,7
Arbeitszeitform	Vollzeit	44,8	47,6	42,5
	Sozialversicherungspflichtige Teilzeit	24,5	24,0	21,7
	Minijob	30,7	28,4	35,8

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Insgesamt bleibt es jedoch dabei, dass Niedriglöhne in Deutschland keineswegs überwiegend gering Qualifizierte oder Jüngere betreffen. Vielmehr ist die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten formal qualifiziert und stammt aus den mittleren Altersgruppen.

Lohnspreizung im Niedriglohnsektor

Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor lagen im Jahr 2010 mit 6,68 € in West- und 6,52 € in Ostdeutschland recht nah beieinander und erheblich unter der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle von 9,15 €. Das starke Ausfransen des Lohnspektrums nach unten veranschaulicht auch eine Auswertung der Anteile der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen: 4% der Beschäftigten (1,363 Millionen) verdienen im Jahr 2010 weniger als 5 € und gut 2,5 Millionen (7,4%) weniger als 6 € (Tabelle 4). Bezogen auf die insgesamt gut 7,9 Millionen Niedriglohnbeschäftigten heißt dies, dass fast ein Drittel von ihnen für ganz besonders niedrige Löhne arbeiteten. Erwartungsgemäß sind extrem niedrige Stundenlöhne in Ostdeutschland besonders verbreitet: Etwa jede/r achte ostdeutsche Beschäftigte (13,3%) verdiente im Jahr 2010 weniger als 6 € brutto pro Stunde. Aber auch in Westdeutschland liegt dieser Anteil bei immerhin 6,2% der Beschäftigten. Niedrigstlöhne sind also keineswegs ein rein ostdeutsches Phänomen. Bezogen auf die seit Mai 2010 erhöhte Forderung der Gewerkschaften, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 € einzuführen, zeigt unsere Auswertung, dass hiervon deutschlandweit rund 20% der Beschäftigten betroffen wären – in Westdeutschland gut 17% und in Ostdeutschland sogar jede/r dritte Beschäftigte.

Tabelle 4:

Zahl und Anteil der Beschäftigten (inkl. Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen) nach Stundenlohnstufen, Deutschland gesamt sowie West- und Ostdeutschland, 2010

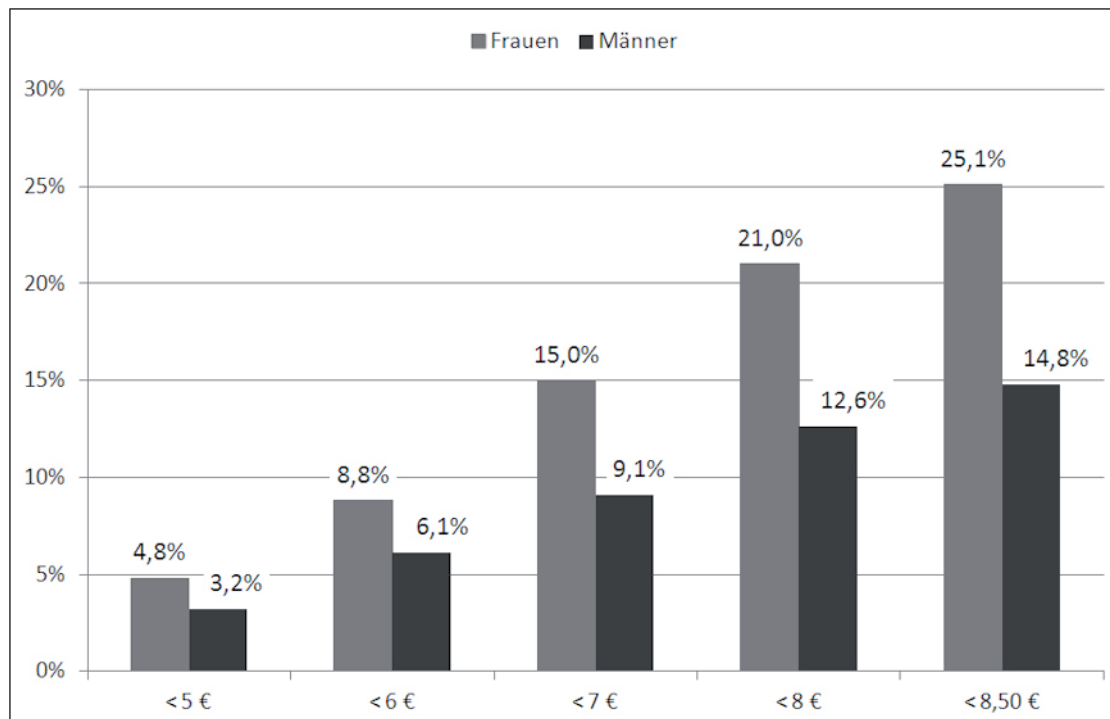
Stundenlohn	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil
< 5 €	1,366	4,0%	1,001	3,5%	0,365	6,4%
< 6 €	2,538	7,4%	1,782	6,2%	0,756	13,4%
< 7 €	4,122	12,0%	2,85	10,0%	1,272	22,5%
< 8 €	5,732	16,7%	4,095	14,3%	1,637	28,9%
< 8,50 €	6,811	19,9%	4,909	17,2%	1,902	33,6%
≥ 8,50 €	27,447	80,1%	23,688	82,8%	3,758	66,4%

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Nach Geschlecht differenziert zeigen die Auswertungen, dass Frauen deutlich häufiger von besonders niedrigen Stundenlöhnen betroffen sind (Abbildung 4). Knapp 5% der weiblichen Beschäftigten arbeiteten 2010 für Stundenlöhne von unter 5 € und insgesamt 15% für Stundenlöhne von unter 7 €, während dieser Anteil bei den Männern nur bei gut 9% lag. Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € hätte gut jede vierte Frau Anspruch auf eine Lohnerhöhung und knapp 15% der Männer.

Abbildung 4:

Anteil der Beschäftigten (inkl. Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen) nach Stundenlohnstufen und Geschlecht, 2010



Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Eine weitere Auswertung nach Arbeitszeitformen verdeutlicht, dass sehr niedrige Stundenlöhne vor allem Beschäftigte in Minijobs betreffen (Tabelle 5). Knapp die Hälfte aller Minijobber/innen hatte im Jahr 2010 einen Stundenlohn unter 7 € und ein Viertel sogar weniger als 5 €. Gut zwei Drittel der Beschäftigten in Minijobs verdienten weniger als 8,50 € pro Stunde. Aber auch Vollzeitbeschäftigte sind vor Niedrigstlöhnen keineswegs gefeit. 264.000 Vollzeitbeschäftigte haben Stundenlöhne von unter 5 € und 1,4 Millionen arbeiten für weniger als 7 € pro Stunde, was immerhin einem Anteil von 6,4% entspricht. Auch unter den Vollzeitbeschäftigten hätten bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 € gut 2,59 Millionen bzw. 11,5% Anspruch auf einen Lohnerhöhung. Bei den sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten beträfe dies sogar gut jede/n Fünfte/n.

Tabelle 5:**Zahl und Anteil der Beschäftigten (inkl. Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen) nach Stundenlohnstufen und nach Arbeitszeitformen, 2010**

Stundenlohn	Vollzeit		Sozialversicherungs- pflichtige Teilzeit		Minijob	
	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil
< 5 €	0,264	1,2%	0,158	2,0%	0,944	25,8%
< 6 €	0,789	3,5%	0,428	5,3%	1,321	36,1%
< 7 €	1,431	6,4%	0,897	11,1%	1,794	49,0%
< 8 €	2,041	9,1%	1,425	17,6%	2,266	61,9%
< 8,50 €	2,588	11,5%	1,723	21,3%	2,500	68,2%
≥ 8,50 €	19,902	88,5%	6,382	78,7%	1,163	31,8%

Quelle: SOEP 2010, eigene Berechnungen

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unsere Auswertungen für 2010 haben gezeigt, dass rund 23% der abhängig Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn arbeiteten. Dies entspricht einer Zahl von fast 8 Millionen gering Bezahlten. Eine nach Ost- und Westdeutschland differenzierte Analyse hat ergeben, dass der erhebliche Anstieg der Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1995 fast ausschließlich auf Westdeutschland zurückgeht.

Die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor lagen im Jahr 2010 mit 6,68 € in West- und 6,52 € in Ostdeutschland weit unter der Niedriglohnschwelle von 9,15 €. Gut 2,5 Millionen Beschäftigte in Deutschland hatten einen Stundenlohn von weniger als 6 €, wobei Ostdeutsche, Frauen und Beschäftigte in Minijobs von solchen Niedrigstlöhnen überproportional betroffen waren.

Aber auch 789.000 Vollzeitbeschäftigte verdienten im Jahr 2010 nach unseren Berechnungen weniger als 6 € pro Stunde und kamen damit auf einen Monatslohn, der mehr oder weniger deutlich unter 1.000 € lag. Solche niedrigen Stundenlöhne sind auch häufig die Ursache dafür, dass das Erwerbseinkommen nicht zur Existenzsicherung reicht und aufstockende Leistungen des Staates in Anspruch genommen werden müssen. Eine aktuelle Auswertung des DGB-Bundesvorstandes (2012) hat ergeben, dass auch die vollzeitbeschäftigten Aufstocker/innen häufig geringe Stundenlöhne haben. Mitte 2011 verdienten drei Viertel der insgesamt 332.000 Betroffenen weniger als 8,15 € pro Stunde. Die durchschnittlichen Stundenlöhne dieser Vollzeitbeschäftigten lagen bei den Männern bei nur rund 7 € (7,24 € in West- und 6,71 € in Ostdeutschland) und bei den Frauen sogar deutlich unter 6 € (5,86 € in West- und 5,51 € in Ostdeutschland).

Dies unterstreicht nochmals deutlich, dass ein gesetzlicher Mindestlohn auch in Deutschland dringend erforderlich ist, um Niedrigstlöhne wirksam zu unterbinden. Nachdem sich selbst die CDU auf ihrem Parteitag im November 2011 im Grundsatz für eine verbindliche Lohnuntergrenze ausgesprochen hat, sollte dies eigentlich rasch umgesetzt werden können. Allerdings müsste eine solche Untergrenze für alle Branchen und Beschäftigtengruppen gelten und nicht nur für die wenigen Bereiche, in denen es keinerlei tarifliche Regelungen gibt.

Literatur

DGB-Bundesvorstand, 2012: Hartz IV – Bedürftigkeit von Erwerbstätigen. Arbeitsmarktaktuell Nr. 1, Berlin: DGB [Volltext]

Frank, Thorsten / Grimm, Christian, 2010: Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. Bericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, November: Nürnberg [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report Nr. 2010-06 [Volltext]

Reinberg, Alexander / Schreyer, Franziska, 2003: Studieren lohnt sich auch in Zukunft. IAB-Kurzbericht 20. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. [Volltext]

Schäfer, Holger / Schmidt, Dirk, 2011: Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe. Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Berlin, 30. August 2011 [Volltext]

Statistisches Bundesamt, 2009: Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit. Begleitmaterial zum Pressegespräch am 19. August 2009 in Frankfurt am Main. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden [Volltext]

Weinkopf, Claudia, 2011: Prekarisierung und Niedriglohnbeschäftigung. In: Bedford-Strohm, Heinrich / Jähnichen, Traugott / Reuter, Hans-Richard / Reihls, Sigrid / Wegner, Gerhard (Hrsg.): Arbeitswelten. Jahrbuch Sozialer Protestantismus; Band 5. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, S. 134-158

**Thorsten Kalina**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“

Kontakt: thorsten.kalina@uni-due.de

**Dr. Claudia Weinkopf**

leitet die Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“ und ist Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin

Kontakt: claudia.weinkopf@uni-due.de

IAQ-Report 2012-01

Redaktionsschluss: 05.03.2012

Institut Arbeit und Qualifikation
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Universität Duisburg-Essen
47048 Duisburg

Redaktion:

Claudia Braczko
claudia.braczko@uni-due.de

Thomas Haipeter
thomas.haipeter@uni-due.de

IAQ im Internet

<http://www.iaq.uni-due.de>

IAQ-Reports:

<http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/>

Über das Erscheinen des IAQ-Reports informieren wir über eine Mailingliste: <http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/newsletter.php>

Der IAQ-Report (ISSN 1864-0486) erscheint seit 2007 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.

IAQ-Reports zur Niedriglohnbeschäftigung

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2013: Niedriglohnbeschäftigung 2011: Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2013-01 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2012: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2012-01 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2010: Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2010-06 [Volltext]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2009: Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen: zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen. Internet-Dokument. Duisburg: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2009-05 [Download]

Kalina, Thorsten / Weinkopf, Claudia, 2008: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report, Nr. 2008-01 [Volltext]